

INTERPELLATION

zur Situation der Universität

von Alexandra Nogawa

Am 7. Februar 2004 wurde von mir die Interpellation Nr. 16 über die geplanten Kürzungen an der Universität eingereicht. Zusammen mit anderen InterpellantInnen habe ich eine absolut unbefriedigende Antwort auf meine Fragen erhalten und zwar mit der Begründung, dass es nicht mehr in der Kompetenz der Regierung liege, hier einzugreifen oder eine Stellungnahme abzugeben. Andererseits begründete die Regierung ihr Schweigen damit, dass sie die Stellungnahme des Universitätsrates abwarten wolle.

Die Universität stellt eines der frühen NPM Projekte dar. NPM wurde immer damit begründet, dass es mehr Transparenz bringe und durch Leistungsvereinbarungen gezielt gewisse Gebiete gefördert werden können. Hier erhält man aber den genau gegenteiligen Eindruck, nämlich, dass ein kleines Gremium nach Gutdünken und ohne Kontrolle über grosse Summen aus Steuern frei verfügen und schalten und walten kann, wie ihm beliebt.

Daher bitte ich den Regierungsrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

- 1.) Die Stellungnahme des Universitätsrates sollte nun vorliegen. Ist der Regierungsrat bereit, die Fragen aus den Interpellationen in seiner öffentlichen Stellungnahme zu beantworten?
- 2.) Da NPM vom Grossen Rat abgelehnt wurde und das System zumindestens in der Universität unbefriedigend funktioniert, stellt sich die Frage, ob nicht wieder zum alten System zurückgekehrt werden soll. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu?
- 3.) Wie sieht die Leistungsvereinbarung aus, die der Regierungsrat mit dem Universitätsrat getroffen hat? Wurden darin die Kürzungen resp. Streichungen, die vom Universitätsrat nun in Aussicht gestellt wurden, explizit gefordert oder begnügte sich der Regierungsrat, einfach eine Pauschalsumme dem Universitätsrat zur freien Verfügung zu überlassen?

Basel, den 19. April 2004